

News Archiv July 2023

2023-07-31 19:13

[Kika/Leiner: SPÖ pocht auf Änderung des Insolvenzrechts](#)

Die SPÖ nimmt die kika/Leiner-Insolvenz zum Anlass für wirtschaftspolitische Forderungen und pocht weiter auf eine Änderung des Insolvenzrechts. Öffentliche Krisenhilfen, wie sie die Möbelhändler in der Eigentümerzeit von Rene Benkos Signa erhalten hatten, sollen im Insolvenzfall künftig vorrangig behandelt werden. Außerdem solle im Justizministerium eine Behörde für Großinsolvenzen eingerichtet werden. Diese soll sich um drohende Insolvenzverschleppung kümmern und rasch aufarbeiten.

„Die Haftung bei Unternehmensspaltungen müssen ausgeweitet werden“, forderte die SPÖ in einer Aussendung heute. „In Zukunft sollen auch abgespaltene Unternehmen für den durch die Spaltung entstandenen Schaden gegenseitig haften.“

Eigentümer seien in Zukunft in die Verantwortung zu nehmen: „Nach dem Vorbild Deutschlands und der USA sollen Ansprüche von Gläubigern und Gläubigerinnen in Unternehmensanteile umgewandelt werden.“ So werde sichergestellt, dass auch sie ein langfristiges Interesse am Überleben des Unternehmens haben, meinten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

[Read more ... Kika/Leiner: SPÖ pocht auf Änderung des Insolvenzrechts](#)

2023-07-27 08:02

[„Millionärssteuer“: SPÖ verärgert über Rauch-Antworten](#)

Über die Einführung einer Vermögenssteuer wird hierzulande in unregelmäßigen Abständen diskutiert. Ende April forderten die Grünen verstärkt eine „Millionärssteuer“. Sozialminister Johannes Rauch (Grüne) warb sogar via Presseaussendung des Ressorts dafür. In einer aktuellen Anfragebeantwortung gab er aber

kaum Auskunft. Die SPÖ zeigte sich verärgert.

Konkret verschickte das Ressort am 1. Mai dieses Jahres eine Presseaussendung unter dem Titel „Immer mehr Menschen trotz Arbeit von Armut betroffen“. Rauch wurde als Sozialminister zitiert: „Damit alle Menschen, die arbeiten, auch von ihrem Einkommen leben können, braucht es verbesserte Rahmenbedingungen. Mit der Einführung einer Millionärssteuer können wir zum Beispiel jene Berufe attraktiver machen, in denen Personal dringend gesucht wird.“

Zudem zeigte sich der Sozialminister laut offizieller Aussendung davon überzeugt, dass mit den Einnahmen aus einer Millionärssteuer zusätzlich die Einkommen von jenen Menschen angehoben werden könnten, „die viel für unsere Gesellschaft leisten, aber wenig verdienen“. Eine „Millionärssteuer“ sei außerdem „ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit in unserem Land“.

„Ausfluss anlassbezogener Überlegungen“

SPÖ-Mandatarin Julia Herr fragte anlässlich der Presseaussendung beim Sozialminister etwa nach, ob die „Millionärssteuer“ bereits im Ministerrat Thema war, ob es Arbeitsgruppen dazu gibt und ob Rauch bereits mit dem Finanzminister über vermögensbezogene Steuern gesprochen hat – immerhin wird in dieser Legislaturperiode auch das Budget für das kommende Jahr verhandelt.

Rauch hielt in seiner Beantwortung der Anfrage fest, dass seine Aussagen zum Thema Millionärssteuern „Ausfluss anlassbezogener allgemeinpolitischer Überlegungen“ seien, „wie die Besteuerung gerechter verteilt und die Leistungen des Staates auch zukünftig finanziert werden können.“

Allerdings ist das Thema laut Rauch nicht von der Amtstätigkeit des Sozialministers erfasst, weshalb es nicht dem parlamentarischen Fragerecht unterliege. Gespräche mit der ÖVP, die neue Steuern ablehnt, würden „zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn“ machen. „Dies hindert mich aber nicht daran, die Position der Grünen zu diesem Thema in die öffentliche Diskussion miteinzubringen“, so Rauch.

Herr fordert Rauch zum Handeln auf

Gegenüber ORF.at zeigte sich Herr verärgert und „politisch enttäuscht“ über die Antworten des Sozialministers. Dieser habe zwar für eine „Millionärssteuer“ breit geworben, bis jetzt aber keine weiteren Schritte getätigt. „Minister Rauch meint also, die Aussagen in einer offiziellen Aussendung des Ressorts ist seine Privatmeinung“, kritisierte die SPÖ-Klubvizechefin.

Im Gegensatz zu Rauch meint Mandatarin Herr, dass eine „gerechte und faire“ Besteuerung, um Leistungen des Staates zu finanzieren, sehr wohl in den Aufgabenbereich des Sozialministers fallen. Auch angesichts der vergangenen und aktuellen Krisen müsste Rauch im Ministerrat verstärkt für eine „Millionärssteuer“ eintreten.

Welcher Minister bzw. welche Ministerin für einen bestimmten Bereich zuständig ist, ist im Bundesministerengesetz geregelt. Wie parlamentarische Anfragen beantwortet werden, ist Sache der Regierungsmitglieder. Die Opposition kritisiert immer wieder mangelnde Anfragebeantwortungen von der Regierung.

2023-07-13 15:50

[AK Anderl und ÖGB Katzian fordern konstruktive Arbeitsmarktpolitik statt Schnellschüssen](#)

Die Pläne von Arbeitsminister Kocher, 125 Vollzeitstellen beim AMS abzubauen und das Budget drastisch zu kürzen, hält AK Präsidentin Renate Anderl für nicht zielführend: „Die Klimakrise stellt den Arbeitsmarkt vor ganz neue Herausforderungen. Um Arbeitssuchende entsprechend weiterzubilden und gut vermitteln zu können, sind also zusätzliche Ressourcen notwendig – nicht weniger. Die AK fordert schon lange, dass das AMS-Personal aufgestockt wird, um Arbeitssuchende gut beraten und unterstützen zu können, jetzt passiert das Gegenteil.“

Verstärktes Ausbilden wird mit diesen Ressourcen nicht gut möglich sein. Aus Sicht der AK ist das grundfalsch. „Nur den Druck auf Arbeitssuchende zu erhöhen, ohne ihnen entsprechende Weiterbildungs- und Förderangebote zu machen, ist der falsche Zugang zu moderner Arbeitsmarktpolitik“, so Anderl.

ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian erklärt: „Die neuen Zielvorgaben im AMS und die Arbeitssuchenden, die jetzt noch vorgemerkt sind, zeigen, wie wichtig es gerade jetzt ist, dass die Qualifizierung von Arbeitssuchenden der Vermittlung gleichgestellt wird. Die Höherqualifizierung ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und somit auch ein wichtiger Weg, den Fachkräftebedarf zu decken. Dafür braucht das AMS aber ausreichend Ressourcen, und zwar sowohl an Budget als auch an Personal.“

Rot-Weiß-Rot-Karte kein Allheilmittel

Um den steigenden Bedarf an Fachkräften zu decken, ist aber auch die Rot-Weiß-Rot-Karte kein Allheilmittel: „Viele Unternehmen beklagen sich darüber, offene Stellen nicht besetzen zu können. Statt aber Arbeitsplätze attraktiver zu machen und Arbeitsbedingungen zu verbessern, sollen verstärkt Arbeitskräfte aus Drittstaaten angeworben werden. Aber die Rot-Weiß-Rot-Karte trägt nicht zu besseren Arbeitsbedingungen bei – dabei sind gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung der Schlüssel für motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ständig nur offene Stellen und Arbeitssuchende zu vergleichen greift viel zu kurz. Wir brauchen daher eine Neuordnung des ganzen Systems, statt ständiger Schnellschüsse und fordern endlich konstruktive Verhandlungen der Regierung mit den Sozialpartnern. Eine Einladung zu einer Podiumsdiskussion kann diese nicht ersetzen“, betont Anderl.

Katzian ergänzt: „Das vermehrte Anlocken von Billigarbeitskräften aus dem Ausland mit Hilfe der Rot-Weiß-Rot-Karte ist mitnichten das richtige Signal. Betriebe, die kein Personal finden, und auch die Bundesregierung sollten daher einmal vor ihrer eigenen Tür kehren und sich die Frage stellen, warum das so ist, und was man dagegen machen kann. Gefragt sind mehr denn je eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Jobs mit guten Löhnen und Arbeitsbedingungen.“

Auch die Unternehmen müssen in die Pflicht genommen werden. „Gut qualifizierte Fachkräfte fallen nicht vom Himmel. Die Unternehmen beklagen zwar den zunehmenden Fachkräftemangel, aber ihre Bereitschaft, Menschen auszubilden ist drastisch gesunken. Das passt nicht zusammen“, so Anderl und

Katzian.

[Read more ... AK Anderl und ÖGB Katzian fordern konstruktive Arbeitsmarktpolitik statt Schnellschüssen](#)